

Was drückt die Ansteckungszahlen? Seit gut vier Wochen gelten verschärfte Corona-Auflagen in Deutschland, doch die Infektionsraten sind immer noch nicht so niedrig, wie sie sein sollten. An diesem Dienstag beraten Bund und Länder darüber, was man zusätzlich tun kann. Die Mutationen des Virus machen die Lage noch ungewisser – und erhöhen den Zeitdruck

VON MARKUS BALSER,
CHRISTIAN ENDT, DIETRICH
MITTLER, HENRIKE ROSSBACH

Was kann das Corona-Virus endlich eindämmen? An diesem Dienstag ringen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Regierungschefs der Länder bei einer Krisenschalte um Antworten. Hinter den Kulissen gibt es zwischen Politik, Wirtschaftsvertretern und Experten heftige Diskussionen darüber, welche Schritte die Verbreitung des Virus wirklich bremsen können. Und wie realistisch es ist, dass sich härtere Vorgaben auch umsetzen lassen. Ein Blick auf die wichtigsten absehbaren Punkte:

FFP2-Masken-Pflicht

FFP2-Masken in Bussen und Bahnen könnten bald bundesweit Pflicht werden, nicht nur in Bayern. Als dies beim Dachverband der deutschen Nahverkehrsunternehmen am Wochenende durchsickerte, schickte der Verband eine eindringliche Warnung an die Regierung. Zwar ist der medizinische Nutzen hochwertiger FFP2-Masken unbestritten – sie schützen etwa stärker vor Infektionen durch Aerosole als chirurgische Masken oder Alltagsmasken. Bei einer bundesweiten Pflicht im Nah- und Fernverkehr wären indes möglicherweise mehr Masken nötig, als verfügbar sind.

Müsste jeder Fahrgast eine solche Maske nach strengen RKI-Vorgaben tragen, würden pro Monat mehr als 100 Millionen Masken gebraucht, die dann in Krankenhäusern oder Pflegeheimen fehlten, schreibt der Präsident des Verbands deutscher Verkehrsunternehmen, Ingo Wortsman. Allein die Deutsche Bahn kalkuliert mit fast sieben Millionen nötigen Masken täglich. Indirekt wirft der Verkehrsverband Bayern vor, den Markt gerade leer zu räumen, um die eigene Maskenpflicht umzusetzen zu können. Der Weg Bayerns, Masken in ganz Deutschland einzukaufen, könne keine Lösung sein, heißt es in dem Papier. Ein Sprecher des bayerischen Gesundheitsministeriums weist das zurück. Bayern greife auf das vom Freistaat eingerichtete Pandemiezentrallager mit Schutzausstattung zurück. Natürlich sei klar, dass die Ausgabe von Masken an Bedürftige „entsprechend kompensiert“ werden müsse durch Ersatzbeschaffung. Diese werde aber „erst demnächst angestoßen“.

An Bussen und Bahnen wird gerade klar, wie schwierig der Kampf gegen das Virus ist. Denn auch wer die Kosten für die FFP2-Masken trägt, ist offen. Die klammen Unternehmen sehen sich nicht in der Pflicht. Weil sich nicht alle Bürger die vergleichsweise teuren FFP2-Masken leisten können, betonte Gesundheitsminister Jens Spahn am Montag, dass schon deutlich günstigere OP-Masken „einen wichtigen Unterschied“ zu Alltagsmasken aus Stoff machen. Zudem verwies er darauf, dass „dieser Tag“ 34,1 Millionen Bürger Gutscheine für zwölf FFP2-Masken erhielten – alljene, die zu den besonders gefährdeten Gruppen zählen.

Die Verkehrsbetriebe unterbreiten derweil einen eigenen Vorschlag: Schweigen. Bund und Länder sollten nach spanischem Vorbild eine „Anordnung beschließen“, Gespräche während der Fahrt mit Bus und Bahn – auch per Handy – zu verbieten. Das könnte die Aerosolausbreitung verringern.

Mehr Home-Office

Zahlreiche Stimmen aus der Wissenschaft empfehlen eine Ausweitung der Heimarbeit, ob freiwillig oder angeordnet. Eine Modellrechnung von Forschern der Uni Bonn und des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) zeigt, welche Wirkung es haben könnte, wenn mehr Menschen von zu Hause aus arbeiten. Bereits ein moderater An-

Wachstum von 10 Prozent könnte die 7-Tage-Inzidenz demnach bis Mitte Februar um 25 Punkte senken, bis Mitte März um fast vierzig. Das Ziel von Bundes- und Landesregierungen ist ein Inzidenzwert unter 50, also etwa 100 Punkte unter dem aktuellen Wert.

In ihrer Rechnung gehen die Forscher davon aus, dass bereits jetzt etwa ein Viertel der Arbeitnehmer zuhause arbeitet. Eine repräsentative Befragung der Hans-Böckler-Stiftung hatte im November einen Home-Office-Anteil von nur 14 Prozent ergeben. Seither haben Bund und Länder verstärkt für die Heimarbeit geworben, außerdem müssen viele Arbeitnehmer ihre schulpflichtigen Kinder zuhause betreuen. Für ihre Simulation nahmen das Team des Ökonomen Hans-Martin von Gaudecker nun eine Quote von 35 Prozent an, was dem Niveau des ersten Lockdowns im Frühjahr entspricht. „Unsere Ergebnisse zeigen, dass eine Erhöhung der Home-Office-Quote ein sehr sinnvoller Weg wäre, um die Infektionszahlen zu drücken“, schreiben die Forscher in ihrem Fazit. Für eine schnelle Reduktion der Fallzahlen empfiehlt das Papier eine Kombination von geschlossenen Schulen und verstärktem Home-Office. Später könne man auch die Schulen wieder

öffnen, wenn weiterhin viele Menschen von zuhause aus arbeiten würden. Während Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) die Möglichkeiten für Home-Office ausbauen will, warnt die Wirtschaft vor einem Zwang zur Heimarbeit.

Sagen Sie jetzt nichts!

Bessere Masken, eine Home-Office-Pflicht oder Schweigen in der Bahn? Welche Rezepte vor dem Gipfel diskutiert werden – und welche Probleme sich da auftun

stieg des Homeoffice-Anteils könnte die 7-Tage-Inzidenz demnach bis Mitte Februar um 25 Punkte senken, bis Mitte März um fast vierzig. Das Ziel von Bundes- und Landesregierungen ist ein Inzidenzwert unter 50, also etwa 100 Punkte unter dem aktuellen Wert.

In ihrer Rechnung gehen die Forscher davon aus, dass bereits jetzt etwa ein Viertel der Arbeitnehmer zuhause arbeitet. Eine repräsentative Befragung der Hans-Böckler-Stiftung hatte im November einen Home-Office-Anteil von nur 14 Prozent ergeben. Seither haben Bund und Länder verstärkt für die Heimarbeit geworben, außerdem müssen viele Arbeitnehmer ihre schulpflichtigen Kinder zuhause betreuen. Für ihre Simulation nahmen das Team des Ökonomen Hans-Martin von Gaudecker nun eine Quote von 35 Prozent an, was dem Niveau des ersten Lockdowns im Frühjahr entspricht. „Unsere Ergebnisse zeigen, dass eine Erhöhung der Home-Office-Quote ein sehr sinnvoller Weg wäre, um die Infektionszahlen zu drücken“, schreiben die Forscher in ihrem Fazit. Für eine schnelle Reduktion der Fallzahlen empfiehlt das Papier eine Kombination von geschlossenen Schulen und verstärktem Home-Office. Später könne man auch die Schulen wieder

öffnen, wenn weiterhin viele Menschen von zuhause aus arbeiten würden. Während Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) die Möglichkeiten für Home-Office ausbauen will, warnt die Wirtschaft vor einem Zwang zur Heimarbeit.

Mutationen besser beobachten

Die wohl größte Sorge der Regierung gilt neuen Virusvarianten, die zuerst in Großbritannien und Südafrika aufgetreten sind, inzwischen aber auch in Deutschland nachgewiesen wurden. Die seien „hochansprechend“, sagte Spahn am Montag in Berlin. „Dass sich Viren verändern, ist normal. Dass sie so schnell so viel infektiöser werden, nicht unbedingt – und das macht es für uns sehr herausfordernd.“

Um den Mutanten auf die Spur zu kommen und zu verhindern, dass sie sich auch hierzulande ausbreiten, fordert die Regierung jetzt bundesweit die sogenannte Genomsequenzierung der Coronaviren. Eine neue Verordnung, die Spahn am Montag unterzeichnet hat, verpflichtet Labore, erhobene Genomsequenzdaten an das Robert-Koch-Institut zu übermitteln. Vergütet bekommen sie das mit 220 Euro je Sequenzierung. Labore, die zwar Tests aus-

werten, aber nicht selbst sequenzieren, können einen bestimmten Anteil ihrer positiven Proben in andere Einrichtungen schicken. Schon jetzt würden regelmäßig Proben ans RKI geschickt, aber das reiche nun nicht mehr, so Spahn. Labore sind demnach auch angehalten, ältere Proben rückblickend zu sequenzieren. So soll ein genaueres Bild der Verbreitung dieser Virusvarianten entstehen.

Neben der Sequenzierung setzt der Gesundheitsminister weiter auf Einreisebeschränkungen. Vergangene Woche hat das Kabinett Verschärfungen beschlossen; Reisende aus besonders betroffenen Regionen müssen nun schon vor ihrer Einreise ein negatives Testergebnis vorlegen. Alle bislang in Deutschland gefundenen Mutationen hingen laut Spahn mit Einreisen aus Großbritannien oder Südafrika zusammen. Verstärkte Kontrollen und mehr Tests soll es auch an anderer Stelle geben, bei Einreisen auf dem Landweg und „gerade für Berufs- und Grenzpendler“. In Bayern und Sachsen sehe man, wie sich das Infektionsgeschehen entlang der Grenze zu Tschechien „immer wieder gegenseitig über die Grenze zu verstärken scheint“. Deshalb sei es wichtig, dort noch mehr verpflichtend zu testen.

Gesundheitsämter verstärken

Schließlich setzt die Regierung auf mehr Unterstützung für die Gesundheitsämter. Nach wie vor gilt eine Inzidenz von höchstens 50 als Zielgröße, weil die Ämter dann in der Lage sind, Infektionen nachzuverfolgen – doch in den meisten Regionen liegt der Wert noch immer weit darüber. Spahn sagte am Montag, viele Gesundheitsämter berichteten, „eine Zeitlang“ durchaus auch mit anderen Infektionszahlen umgehen zu können. Die Frage aber sei, was längerfristig handhabbar sei. Unterstützt würden die Ämter nicht nur personell durch die Bundeswehr, sondern auch technisch. Seit dem 1. Januar müssten darüber hinaus alle Meldungen ans Gesundheitsamt elektronisch erfolgen „und nicht mehr per Fax“. Zudem gebe es die Software Sormas zur Kontaktpersonenverfolgung. Alle, die das nutzten, so Spahn, berichteten davon, dass so Personalressourcen eingespart würden.



Hören Sie zu diesem Thema auch den Podcast.
► sz.de/nachrichtenpodcast